



Bundesfachverband
unbegleitete
minderjährige
Flüchtlinge

TÄTIGKEITSBERICHT 2021

Bundesfachverband unbegleitete minderjährige Flüchtlinge e.V.

Berlin, Mai 2022



Bundesfachverband unbegleitete minderjährige Flüchtlinge e.V.

Paulsenstr. 55 - 56

T 030 / 82 09 743 - 0

E info@b-umf.de

12163 Berlin

F 030 / 82 09 743 - 9 | www.b-umf.de



INHALT

1. VORWORT DES VORSTANDES	3
2. PERSONAL, VORSTAND UND LANDESKOORDINATION	5
3. PROJEKTE	8
4. SPENDEN- UND MITGLIEDSCHAFTSENTWICKLUNG	13
5. ÖFFENTLICHKEITSARBEIT	15
6. VERANSTALTUNGEN	21
8. GREMIEN UND LOBBYARBEIT	26



1. VORWORT DES VORSTANDES

Liebe Freundinnen und Freunde, liebe Kolleginnen und Kollegen,

wieder ist ein Jahr unter dem starken Eindruck von Corona vorbeigezogen. Vieles musste deshalb ungewohnte oder immer vertrautere Formate finden und es mussten unterschiedliche Wege gefunden werden, wie Menschen miteinander in Kontakt treten konnten: Im Kontext der gemeinsamen Arbeit an Projekten, in der Zusammenarbeit der Geschäftsstelle mit den Mitgliedern, in der Beratung und in der Durchführung von Tagungen mussten andere Wege begangen werden.

2021 war auch insofern ein besonderes Jahr, als das neben den pandemischen Einschränkungen und Herausforderungen, die Verschärfung globaler Krisen neue (und altbekannte) Herausforderungen für die Arbeit des Bundesfachverbands mit sich brachten. Es kam zu neuen Migrationsbewegungen, die ab März/April in vielen Regionen Deutschlands zu erhöhten Einreisezahlen führten. In diesem Zuge mussten auch wieder mehr junge Geflüchtete in den Aufnahmestellen versorgt werden. Diese trafen regional auf reduzierte spezialisierte Angebote in der Jugendhilfe-Landschaft: kaum mehr ausgewiesene Clearingstellen, wenig Anschlussmaßnahmen mit für die Zielgruppe qualifiziertem Personal. Kommunen und Träger kämpften mit der Herausforderung, genügend Plätze (meist integrativ in heilpädagogischen Gruppen) für die jungen Menschen zu schaffen und dafür qualifizierte Fachkräfte zu finden. Umso größeren Stellenwert hat unsere Aufgabe, Fachkräfte hinsichtlich der aktuellen Herausforderungen zu beraten und zu unterstützen und über Qualifizierungs- und Weiterbildungsangebote mehr Handlungssicherheit und schlussendlich fundierte Beratungsangebote für junge Menschen zu schaffen.

Die letzten Jahre waren geprägt durch zahlreiche Asylrechtsverschärfungen sowie durch die Verrohung von Debatten und kriminalisierende Diskurse in Bezug auf Flucht und Migration. Hinzu kamen in diesem Jahr sowie im Vorjahr Unsicherheiten und Veränderungen durch die Corona-Krise, durch die sich ohnehin schon bestehende Problematiken und Ausschlüsse weiter verschärft haben. All dies hat drastische Auswirkungen auf das Leben von geflüchteten jungen Menschen. Die Arbeit



Bundesfachverband
unbegleitete
minderjährige
Flüchtlinge

des Bundesfachverbands ist damit wichtiger denn je: damit geflüchtete Kinder und Jugendliche ihre Rechte erhalten und ermächtigt werden, diese wahrzunehmen, damit sie den Schutz und die Perspektiven erhalten, die sie brauchen und die ihnen zustehen. Gelingen kann diese Arbeit nur durch das unermüdliche Engagement Vieler.

Wir wollen uns ganz besonders bei den Mitarbeitenden der Geschäftsstelle für den enormen Einsatz, die gute Aufmerksamkeit für aktuelle Themen und das große Engagement in der immer zeitnahen Umsetzung bedanken! Ebenso möchten wir in diesen schwierigen Zeiten ein großes Dankeschön an unsere ehrenamtlichen Landeskoordinator*innen in den jeweiligen Bundesländern richten. Danke für Eure vielen Stunden, das große Engagement und die gute Zusammenarbeit! Vielen Dank dafür!

Herzliche Grüße

Carsten Unger, Mohammed Jouni und Klaus Nördemann,
Johannes Schulz-Schottler, Dörthe Hinz und Thomas Berthold

Vorstand BumF



2. PERSONAL, VORSTAND UND LANDESKOORDINATION

2.1 Vorstand

Der Gesamtvorstand des Bundesfachverbands unbegleitete minderjährige Flüchtlinge e.V. setzt sich aus sechs ehrenamtlich tätigen Personen zusammen. Drei Personen gehören dem vertretungsberechtigten Vorstand an. Im Rahmen der Mitgliederversammlung des BumF am 29.11.2021 wurde ein neuer Vorstand und Beisitz gewählt. Zum Jahresende waren es demnach:

Mohammed Jouni (Berlin), seit 2015

Carsten Unger (Bayern), seit 2021 (im Beisitz seit 2018)

Klaus Nördemann (NRW), seit 2021 (im Beisitz seit 2014)

Der vertretungsberechtigte Vorstand wird von drei Beisitzenden unterstützt und beraten. Ende 2021 sind als Beisitzende aktiv:

Thomas Berthold (Berlin), seit 2021

Dörthe Hinz (Niedersachsen), seit 2021

Johannes Schulz-Schottler (Thüringen), seit 2021 (vorher Vorstand)

Angelika Polske und Heike Pollack haben die Kassenprüfung für 2020 erledigt und wurden auf der Mitgliederversammlung 2021 erneut gewählt.

2.2. Landeskoordination

In den meisten Bundesländern hat der BumF eine ehrenamtliche Landeskoordinatorin bzw. einen ehrenamtlichen Landeskoordinator. Sie sorgen für die Vernetzung vor Ort, sammeln Informationen und verbreiten diese, halten Kontakt mit anderen Mitgliedern und Partnerorganisationen, stehen in regelmäßigem Kontakt mit der Geschäftsstelle und tragen so zum Funktionieren der Verbandsarbeit bei. Sie verfügen je nach Tätigkeitsfeld über unterschiedliche asyl- und



aufenthaltsrechtliche oder jugendhilferechtliche und –praktische Expertisen, die sie in Veranstaltungen, Publikationen und Gremien des BumF auf Landes- und Bundesebene einbringen.

Im Jahr 2021 wird die Landeskoordination weitestgehend von denselben Menschen ausgeführt, wie im Vorjahr.

Es fanden ein persönliches Treffen in Frankfurt/Main im November 2021 und drei digitale Austauschtreffen statt.

Ende 2021 übten folgende Personen das Ehrenamt der Landeskoordination aus:

Baden-Württemberg	Angela Fuder und Jens Peter
Bayern	Fredi Dahmer und Christian Oppl
Berlin	Janina Meyeringh und Daniel Jasch
Brandenburg	Lotta Schwedler und Paul Stieber
Bremen	Claudia Schmitt
Hamburg	Conni Gunßer und Valeska Rau
Hessen	Irmela Wiesinger und Henning Wienefeld
Niedersachsen	Dörthe Hinz und Klaus Rinschede
Nordrhein-Westfalen	Katrin Löffelhardt und Florian Eichenmüller
Rheinland-Pfalz	Annika Kristeit
Saarland	Stefanie Grönitz
Sachsen	Nadine Steinhäuser und Ramona Sickert
Sachsen-Anhalt	Roland Bartnig und Miguel Weide
Thüringen	Phillip Milius und Thomas Grauel



2.3. Personal

In der Geschäftsstelle des BumF waren Ende 2021 folgende Personen beschäftigt:

Uta Stapf	Vereinskoordination (derzeit erkrankt)
Daniela Altmann	Verwaltung „Vom Willkommen zum Ankommen“
Paul Pisarek	Verwaltung „Jugendhilfe macht's möglich“ und „Fokus“
Johanna Karpenstein	Projektreferentin „Vom Willkommen zum Ankommen“
Timo Schweitzer	Projektreferent „Vom Willkommen zum Ankommen“
Helen Sundermeyer	Projektreferentin „Vom Willkommen zum Ankommen“
Adora Udogwu	Projektreferentin „Fokus“
Lennart Scholz	Projektreferentin „Fokus“
Mallika Basu	Miniila App
Maren Juliane Belinchon	Öffentlichkeitsarbeit
Jasmin Asaad	Rechtshilfefonds
Franziska von Nordheim	In Elternzeit

Die Personen sind mit unterschiedlich hohen Stundenanteilen beschäftigt. Summiert entsprach dies am Jahresende 7,6 Vollzeitäquivalenten (2020: 7,4).

Den BumF haben im Laufe des Jahres 2021 leider folgende Personen verlassen: Ulrike Schwarz (Projektreferentin „Vom Willkommen zum Ankommen“), Helina Haileselassie (Rechtshilfefonds und „Jugendhilfe macht's möglich“), T. Vicky Germain (Projektreferentin „Jugendhilfe macht's möglich“), Mallika Basu (Projektreferentin „Jugendhilfe macht's möglich“), Rajaa Sabbagh (Projektreferentin „Jugendhilfe macht's möglich“) und Janina Rost (Projektreferentin „Fokus“). Timo Schweitzer schied zum 31.12.2021 aus. Wir danken allen ganz herzlich für ihr großes Engagement für den Verband.

3. PROJEKTE

Die Arbeit der Geschäftsstelle ist stark geprägt durch die Tätigkeiten innerhalb der verschiedenen Projekte und der darin festgelegten inhaltlichen Schwerpunkte, welche bezüglich der Themen, der Zielgruppen und der Methodik breit gefächert sind. Hierbei kann durch verschiedene Herangehensweisen zur Thematik junger unbegleiteter und begleiteter Flüchtlinge gearbeitet werden. Neben dieser projektbezogenen Arbeit stehen die Beratung, die Qualifizierung sowie die Öffentlichkeits- und Lobbyarbeit im Vordergrund.

Folgende Projekte werden in der Geschäftsstelle durchgeführt bzw. wurden im Berichtszeitraum abgeschlossen:

<p>Fokus - Perspektiven junger Geflüchteter im Kontext neuer gesellschaftlicher und rechtlicher Diskurse</p> <p>02/2020 - 07/2022</p>	<p>Ziel des Projektes ist es, die Auswirkungen von aktuellen rechtlichen und gesellschaftlichen Entwicklungen auf die konkrete Lebenssituation junger Geflüchteter fassbar und die sich hieraus ergebenden Problemlagen transparent zu machen, um Fachkräfte angesichts dieser Rahmenbedingungen zu stärken. Mit den jüngeren Änderungen in Recht und Praxis, gerahmt von migrationspolitischen Diskursen, wurden vielfach Ausschlüsse von sozialer Teilhabe für junge Geflüchtete produziert, die sich auf alle Lebensbereiche auswirken. Das Projekt geht der Frage nach, wie unter diesen Bedingungen eine perspektivschaffende Arbeit mit jungen Geflüchteten möglich ist, um entsprechende Handlungsbedarfe und -möglichkeiten aufzeigen. Hierzu werden zusammen mit „Jugendliche ohne Grenzen“ Problempunkte herausgearbeitet, mit Kooperationspartnern vor Ort Praxisherausforderungen analysiert und wissenschaftlich aufgearbeitet, Arbeitshilfen und Themendossiers erstellt, Qualifizierungsmaßnahmen für Fachkräfte und Studierende durchgeführt und Einzelfallberatungen angeboten.</p>
<p>Aktion Mensch, Freudenberg-Stiftung, UNO-Flüchtlingshilfe</p>	
<p>Adora Udogwu, Lennart Scholz, Uta Stapf, Paul Pisarek</p>	



Vom Willkommen zum Ankommen	<p>Übergeordnetes Projektziel ist die Verbesserung der Aufnahme- und Asylverfahren von unbegleiteten Minderjährigen unter Berücksichtigung sich ändernder rechtlicher Rahmenbedingungen.</p> <p>Für dieses Ziel führt das bundesweit agierende Projekt Maßnahmen zur Qualifizierung und Vernetzung von Fachkräften aus Behörden, der Justiz und der freien Träger der Jugendhilfe durch. Zudem werden in Kooperation mit einer Verwaltungsfachhochschule, einer juristischen Fakultät und einer Fakultät für Soziale Arbeit modellhaft modulare Unterrichtseinheiten zum Thema unbegleitete Minderjährige konzipiert, erprobt und verbreitet. So wurde mit der Alice-Salomon-Hochschule für Soziale Arbeit Berlin (ASH) der Lehrauftrag „Möglichkeiten solidarischer Sozialer Arbeit mit jungen Geflüchteten“ im Sommersemester 2020, sowie das Werkstattseminar „Grenzen und Möglichkeiten Sozialer Arbeit im restriktiven Asylsystem“ vom Wintersemester 2020/21 bis zum Sommersemester 2021 durchgeführt. Auch konnte mit der Hochschule für Polizei und öffentliche Verwaltung Nordrhein – Westfalen (HSPV NRW) im Herbst 2020 eine Kooperation im Rahmen von Veranstaltungen für angehende Polizeibeamte erreicht werden. Mit der refugee law clinic Gießen fanden Veranstaltungen statt. Aufgrund der Corona-Pandemie wurden die Qualifizierungsformate ab Frühjahr 2020 auf digitale Formate umgestellt. Projektpartner ist terre des hommes Deutschland e.V. – Hilfe für Kinder in Not (tdh).</p> <p>Im Rahmen des Projektes wird zudem die alljährliche bundesweite Online-Umfrage unter Fachkräften zur Situation (unbegleiteter) minderjähriger und junger volljähriger Geflüchteter in Deutschland durchgeführt, deren Ergebnisse im Frühjahr 2021 veröffentlicht wurden.</p>
07/2019 – 6/2022	
Europäischer Asyl-, Migrations- und Integrationsfonds (AMIF)	
Helen Sundermeyer, Johanna Karpenstein, Timo Schweitzer, Uta Stapf	



Neu anfangen	<p>Die Broschüre „Neu Anfahren: Tipps für geflüchtete Jugendliche“ wurde in Dari und Englisch übersetzt. Junge Geflüchtete, die gemeinsam mit ihren Familien nach Deutschland gekommen sind, finden in dieser Broschüre wichtige Informationen zu ihrer ersten Zeit in Deutschland. Die weiteren Übersetzungen der Broschüre tragen dazu bei, die Arbeit und das Wissen der Multiplikator*innen in ihre Einrichtungen, Familien und Communities zurück zu tragen.</p> <p>Das Projekt wird durch die Sparkassen-Stiftung finanziert.</p>
seit 10/2019	
Sparkassen-Stiftung	
Mallika Basu	

Jugendhilfe macht's möglich?!	<p>Mit dem Projekt „Jugendhilfe macht's möglich?! Rechte junger Geflüchteter und ihrer Familien stärken“ werden begleitete minderjährige Geflüchtete selbst, ihre Eltern und die sie unterstützenden Fachkräfte an der Schnittstelle Jugendhilfe – Flüchtlingssozialarbeit, insbesondere also Asylsozialberater*innen, Mitarbeitende von Beratungsstellen sowie Mitarbeitende der Jugendämter und von Trägern der freien Kinder- und Jugendhilfe, als Zielgruppen unterstützt. Dabei steht der Abbau von Zugangshürden zu Maßnahmen der Kinder- und Jugendhilfe für begleitete Minderjährige und ihre Eltern im Vordergrund. Hierzu werden praxisbezogene Materialien erstellt, Handlungsoptionen und Qualifizierungsmöglichkeiten für Fachkräfte erarbeitet, die Vernetzung an der Schnittstelle Jugendhilfe – Flüchtlingssozialarbeit gestärkt sowie Entscheidungsträger*innen in Politik, Verwaltung und Zivilgesellschaft für die Bedarfe von begleiteten Minderjährigen sensibilisiert.</p> <p>In Workshops mit jungen Geflüchteten, Eltern und Fachkräften werden Inhalte und Handlungsoptionen mit Blick auf die bedarfsgerechte Ausgestaltung von Jugendhilfeangeboten und den Abbau von Zugangsbarrieren sowie die Vermittlung der Möglichkeiten der Kinder- und Jugendhilfe erarbeitet, um Informationen aus erster Hand</p>
12/2018 - 11/2020, Verlängerung bis 05/2021	
Aktion Mensch, Evangelische Kirche in Deutschland	
T. Vicky Germain, Helina Haileselassie Rajaa Sabbagh, Mallika Basu, Paul Pisarek	



	einzu beziehen und die Möglichkeit direkter Beteiligung an der Entwicklung der Angebote des BumF zur Verfügung zu stellen.
--	--

Rechtshilfefonds	Über den Rechtshilfefonds können die Mitglieder des BumF Zuschüsse zu Rechtsanwaltskosten für geflüchtete Kinder, Jugendliche und junge Volljährige beantragen. Da das Budget begrenzt ist, werden vorrangig solche Verfahren bezuschusst, die über den Einzelfall hinaus von grundsätzlicher rechtlicher oder öffentlicher Bedeutung sind. Der Fonds wird über Spenden finanziert, hinzu kam im Jahr 2019 eine Förderung durch das Deutsche Kinderhilfswerk für bestimmte Familiennachzugsfälle.
seit 11/2016	
Spenden	
Jasmin Asaad Helina Haileselassie	

Miniila-App	Seit April 2020 koordiniert der BumF die bundesweite Einbindung von Organisationen in die Miniila App. Die Miniila App wurde von Missing Children Europe entwickelt und ist speziell auf die Bedürfnisse unbegleiteter Kinder auf der Flucht zugeschnitten. Anfang 2019 galten allein in Deutschland 3192 unbegleitete geflüchtete Kinder und Jugendliche als vermisst. Es ist unklar, was mit ihnen passiert ist. Schlimmstenfalls leben sie ohne jeglichen Schutz in der Illegalität und haben kaum Zugang zu Unterstützung und Informationen. Oft haben Kinder und Jugendliche jedoch ein Smartphone. Die Miniila App soll sie dazu befähigen, selbständig an wertvolle Informationen, Dienstleistungen und Unterstützung in ihrer Umgebung zu gelangen. Organisationen, die hilfreiche unterstützende Angebote für geflüchtete Kinder anbieten, werden in der App aufgelistet. Die Angebote werden auf einer Karte und unter mehreren Kategorien und Unterkategorien
04/2020 - 12/2021	
Missing Children Europe	
Mallika Basu Rajaa Sabbagh	



	aufgezeigt (z.B. Unterkunft, Essen, Asyl, Mädchenhilfe und Wifi). Die App ist in mehreren Sprachen verfügbar (Englisch, Französisch, Arabisch, Farsi, Tigrinya und deutsch).
--	--



4. SPENDEN- UND MITGLIEDSCHAFTSENTWICKLUNG

Der Verein lebt von seinen zahlreichen Mitgliedern. Nur so ist es uns möglich, in allen Bundesländern und in allen großen Kommunen präsent zu sein. Mitgliedsbeiträge und Spenden ermöglichen es uns, unabhängig zu agieren und parteiisch an der Seite geflüchteter Kinder und Jugendlicher und der sie unterstützenden Systeme zu stehen.

4.1. Mitgliedschaftsentwicklung

Fördermitglieder unterstützen den Verein finanziell mit mindestens 30 Euro im Jahr. Die Einzelmitglieder sind in der Arbeit mit umF und begleiteten jungen Geflüchteten tätig und erhalten Vergünstigungen bei Schulungs- und Qualifizierungs- sowie Vernetzungsmöglichkeiten. Der Mitgliedsbeitrag beträgt 70 Euro pro Jahr, der ermäßigte Beitrag 30 Euro (z.B. für Studierende/Arbeitslose).

Organisationsmitglieder sind in erster Linie Träger von Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe, in denen geflüchtete junge Menschen betreut werden, und erhalten für ihre Mitarbeitenden Vergünstigungen bei Schulungs-, Qualifizierungs- sowie Vernetzungsmöglichkeiten. Der Beitrag orientiert sich an der Zahl der in umF-Bereich tätigen Mitarbeitenden und liegt zwischen 250 und 1000 Euro pro Jahr.

Überblick Mitgliedschaft

	31.12.2019	31.12.2020	31.12.2021
Mitglieder gesamt	433	444	413
davon Organisationsmitglieder	145	139	126
davon Einzelmitglieder	234	239	218
davon Fördermitglieder	54	66	69



Entwicklung der Mitgliedschaft in 2021

	Eintritte		Austritte	
	2020	2021	2020	2021
Gesamt	33	17	22	32
davon Organisationsmitglieder	2	1	8	13
davon Einzelmitglieder	17	8	12	17
davon Fördermitglieder	14	8	2	2

Eintritte von Organisationsmitgliedern in 2021:

Zwischenstation - Betreutes Jugendwohnen Berlin

Austritte von Organisationsmitgliedern in 2021:

via nobis, Let's go e. V., GrünBau gGmbH, Zentrum für soziale Arbeit, KJH Flow gGmbH, AWO Heilbronn e.V., Villa Rosa, Kinder- und Jugendhilfe Neuhausen, Explicato gGmbH, DRK Generalsekretariat, Sozialwerk Sauerland, CJD-Zentrale, NRD Orbishöhe GmbH

4.2. Spenden und Mitgliedsbeiträge

Spendenaufkommen

	2020	2021
Spenden gesamt	51.390,00 Euro	31.672,80 Euro
davon allgemein	31.514,49 Euro	22.882,80 Euro
davon Rechtshilfefonds	17.355,51 Euro	7.640,00 Euro
davon Jugendliche ohne Grenzen	2.520,00 Euro	1.150,00 Euro

Mitgliedsbeiträge

	2020	2021
Mitgliedsbeiträge gesamt	61.707,00 Euro	69.152,00 Euro

5. ÖFFENTLICHKEITSARBEIT

5.1. Newsletter, Website und Social-Media

Die Website des BumF ist in Deutschland das zentrale Medium für aktuelle Meldungen, Veranstaltungen und Hintergrundinformationen zum Thema geflüchtete junge Menschen. Neben der Website www.b-umf.de betreibt der BumF zudem ein Portal für junge Geflüchtete www.kommgutun.info sowie eine Landingpage für Online-Schulungen für Lehrkräfte www.traumasensibel.de.

Mit dem Newsletter des BumF werden monatlich Informationen zu Arbeitshilfen, Stellungnahmen und Veranstaltungen zum Thema minderjährige Geflüchtete an Fachkräfte der Kinder- und Jugendhilfe sowie andere interessierte Personen versendet.

Über unseren Facebook- und Twitter-Auftritt werden Informationen für die Praxis, Stellungnahmen, Pressemitteilungen und Kampagnen des Bundesfachverbands umF verbreitet.

Besuche	121.770	Im Vergleich: 2020: 187.431 2019: 138.506
Seitenansichten	191.118	Im Vergleich: 2020: 287.689 2019: 238.822
TOP 5 Meldungen (Anzahl Ansichten)	Update: Informationen zur Beantragung einer Tazkira	7.088
	Laptops für das Home-Schooling	2.618
	Online-Umfrage 2020 zur Situation junger Geflüchteter: Auswertung und Ergebnisse - BumF	2.561
	Mitwirkungspflichten bei Passbeschaffung und Identitätsklärung	2.474



	Kann ich als Privatperson geflüchtete Minderjährige aus Griechenland aufnehmen? - BumF	1.866
TOP 5 Themenseiten (Anzahl Ansichten)	Pflegefamilien	5.691
	Informationen zum Coronavirus für Geflüchtete und Fachkräfte - BumF	3.942
	Zahlen und Fakten	4.729
	Bleiberecht	3.819
	Alterseinschätzung	3.090
Anzahl Downloads	16.667	
TOP 5 Downloads (BumF-Publikationen)	Auswertung der Online-Umfrage 2020	1.083
	Broschüre „Willkommen in Deutschland“	772
	Handlungskonzept Partizipation in der stationären Kinder- und Jugendhilfe	771
	Auswertung der Online-Umfrage 2019	684
	Arbeitshilfe „Das Asylverfahren bei unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen“	577
Ausgewählte Seiten-Cluster und Seiten	Aktuelles / Startseite	20.156
	Materialien	23.025
	Fortbildungen & Tagungen	11.649
	Einzelfallberatung	2.123
	FAQ - Häufige Fragen	2.298
	Rechtshilfefonds	1.780
	Trauma-Sensible Unterstützung (E-Learning Angebot)	5.504

Facebook-Abonnenten	6.431	Im Vergleich Ende 2020: 6.535
----------------------------	-------	-------------------------------



(Ende 2021)		Ende 2019: 6.631
Twitter Follower (Ende 2021)	2.100	Ende 2020: 1.899
Newsletter Abonent*innen	6.882 ¹	

5.2. Publikationen und Bestellungen

Durch unsere Arbeitshilfen und Fachbeiträge leisten wir Hilfestellungen für die Arbeit mit minderjährigen Flüchtlingen, geben Handlungsempfehlungen und dokumentieren Handlungsbedarfe.

Insgesamt wurden 955 Einzelexemplare bzw. Flyer-Pakete bestellt. Die meisten Bestellungen gingen für die Publikationen „Das Asylverfahren bei unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen“ (101 Bestellungen), die BumF-Basisinformationen (101) und die Arbeitshilfe „Jugendberufshilfe für junge Geflüchtete. Eine Orientierungshilfe für Fachkräfte und Begleitpersonen“ (90) ein.

Folgende Publikation wurde im Jahr 2021 erstellt:

- „Das Verteilverfahren bei unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen“, Dezember 2020 (Veröffentlichung erfolgte erst 08/2021). 346 Seitenansichten, 164 Downloads

Anlässlich der Evaluation zum Verteilverfahren unbegleiteter Minderjähriger durch das BMFSFJ hat der BumF ein aktuelles Themendossier zum Verteilverfahren (Dezember 2020) veröffentlicht. Während die Bundesregierung das im Jahr 2015 eingeführte Verteilverfahren überwiegend positiv bewertet, sammelt unser Themendossier Erfahrungen des BumF aus den jährlichen Befragungen von Fachkräften, Einzelfallberatungen sowie Fortbildungen und Fachveranstaltungen, die dieser Einschätzung eindeutig widersprechen.

¹ Im Tätigkeitsbericht 2020 wurde die Anzahl der gespeicherten Adressen angegeben (also auch die der abonnierten). Hier wird die reale Anzahl angegeben. Diese belief sich in 2020 auf 7132.



- Die Online-Umfrage 2020 „DIE SITUATION GEFLÜCHTETER JUNGER MENSCHEN IN DEUTSCHLAND“ (2561 Ansichten, 1083 Downloads)

Die Ergebnisse der bundesweiten Online-Umfrage 2020 unter Fachkräften zur Situation junger Geflüchteter im Bundesgebiet wurden im Frühjahr 2021 veröffentlicht. Sie bilden den Kern aktueller Daten und Erkenntnisse zur Situation unbegleiteter Minderjähriger im Bundesgebiet und werden vielfach durch Jugendämter, Ministerien, Trägereinrichtungen und Forschungsinstitute abgerufen.

Zusätzlich zu der Situation unbegleiteter Minderjähriger und junger Erwachsener werden in der Umfrage auch die Einschätzung der Fachkräfte zur Situation von Jugendlichen in Familienbegleitung erfragt.

Obwohl durch die Umfrage punktuelle Verbesserungen in der Versorgungsstruktur dokumentiert werden, macht sie in vielen Bereichen großen Handlungsbedarf deutlich. So sind etwa Rechtsschutzmöglichkeiten im Kontext bundesweiter Verteilung, Alterseinschätzung und Hilfestellung nach wie vor unzureichend und ein großer Teil der Jugendlichen leidet unter der Unmöglichkeit von Familienzusammenführungen. Ein zunehmendes Ausmaß von Gewalterfahrungen während der Flucht wird ebenso deutlich wie ein Anstieg von Rassismuserfahrungen in Alltag und institutionellen Kontexten.

Der BumF stützt seine Forderungen im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit sowie Schulungsinhalte maßgeblich auf die Umfrageergebnisse.

- Comics zum Thema Freizeit in 4 verschiedenen Sprachen
- „Wo stehen unbegleitete minderjährige Flüchtlinge 2021?“
- Rechtliches und tatsächliches – Gesetzliche Änderungen und ihre Auswirkungen auf unbegleitete minderjährige Flüchtlinge 2015-2019
- Infoplatkat zur Kinder- und Jugendhilfe in 5 Sprachen
- Willkommen in Deutschland (Informationen für junge Geflüchtete auf Somali)

Darüber hinaus wurden die 13 bestehenden Themenseiten mit Hintergrundinformationen, relevanten Meldungen, Links und Materialien zu den Themen Abschiebung, Afghanistan, Alterseinschätzung, Asylverfahren, Begleitete Minderjährige, Betreuung durch Verwandte, Bildung



& Arbeit, Bleiberecht, Clearingverfahren, Europa & Transit, Familienzusammenführung, Junge Volljährige, Partizipation, Pflegefamilien, SGB VIII Reform, Umverteilung & Inobhutnahme, Vormundschaft sowie Zahlen & Fakten aktuell gehalten. Neu erstellt wurden die Themenseiten Passbeschaffung und Identitätsklärung sowie Rassismuskritik und Empowerment in der Arbeit mit jungen Geflüchteten.

5.3. Pressearbeit

Über den Presseverteiler des BumF wurden sieben Pressemitteilungen an Journalist*innen sowie Akteur*innen aus Politik und Verbänden versendet (2020: 8). 380 Personen hatten den Presseverteiler am Jahresende abonniert (2020: 410). Die meisten Klicks hatten die Pressemitteilung zur Auswertung der Online-Umfrage 2020, die Pressemitteilung „Keine „Jugendhilfe Light“ in Sammelunterkünften für junge volljährige Geflüchtete!“, die Presseinfo zum Forderungspapier von BumF und JoG anlässlich der Koalitionsverhandlungen sowie der gemeinsame Appell von 28 Kinder- und Menschenrechtsorganisationen (darunter dem BumF) „Stoppt die Kinderrechtsverletzungen an den EU-Außengrenzen – Evakuierung jetzt!“

- 19/11/2021 Gemeinsamer Appell: Stoppt die Kinderrechtsverletzungen an den EU-Außengrenzen – Evakuierung jetzt!
- 02/11/2021 Forderungspapier von BumF und JoG anlässlich der Koalitionsverhandlungen: Es bedarf eines Kurswechsels!
- 21/09/2021 Keine „Jugendhilfe Light“ in Sammelunterkünften für junge volljährige Geflüchtete!
- 25/08/2021 PM: BumF e.V. fordert Sicherheit und Zukunftsperspektiven für junge Geflüchtete aus Afghanistan in Deutschland
- 23/08/2021 PM: Bericht zum Verteilverfahren bei unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen - Erkenntnisse des BumF widersprechen Bewertung der Bundesregierung
- 06/07/2021 Minderjährige Opfer von Menschenhandel haben keine Lobby - Kleine Anfrage im Landtag Brandenburg legt entscheidende Defizite offen
- 22/04/2021 PM: Auswertung der Online-Umfrage 2020 - DIE SITUATION GEFLÜCHTETER JUNGER MENSCHEN IN DEUTSCHLAND

5.4. Kampagnen

Im Vorfeld des Internationalen Tags der Geflüchteten (20. Juni) warf der BumF mit einer Kurzkampagne auf Facebook eine Woche lang Schlaglichter auf einige wichtige Themen, die minderjährige geflüchtete Menschen und die Arbeit des BumF betreffen.

Ein wichtiger Themenschwerpunkt des Jahres 2021 war unter anderem die Lage in Afghanistan und die Situation afghanischer junger Geflüchteter in Deutschland. Der BumF unterstützte als Mitzeichner des Aufrufs zum bundesweiten Aktionstag gegen Abschiebungen nach Afghanistan (5. Juni) die Kampagne mit dem Hashtag #Afghanistannotsafe. Infolge der Entwicklungen in Afghanistan ab Sommer 2021 gewann die Frage nach der Situation afghanischer junger Geflüchteter eine neue Dimension und zusätzliche Relevanz. Der BumF verfasste hierzu eine Pressemitteilung, in der er Sicherheit und Zukunftsperspektiven für junge Geflüchtete aus Afghanistan forderte.

Ein zentrales Thema im Jahr 2021 waren die Bundestagswahlen und die kritische Begleitung der Koalitionsverhandlungen. Als Teil eines breiten Bündnisses beteiligte sich der BumF an der durch die Seebrücke initiierte Kampagne #unverhandelbar gegen die Kinder- und Menschenrechtsverletzungen an den EU-Außengrenzen und trug einen entsprechenden Forderungskatalog zur Bundestagswahl mit.

Der BumF ist im Themennetzwerk Flucht des Netzwerks Kinderrechte – National Coalition Deutschland aktiv und beteiligte sich im Vorfeld der Bundestagswahl am Projekt „[Kinderrechte Kompass](#)“, mit dem die Haltungen der Parteien abgefragt wurden, sowie an der begleitenden Social Media-Kampagne hierzu (#KinderrechteKompass).

Daneben begleitete der BumF weitere Themen intensiv durch Presse- und Social Media-Arbeit, so zur Situation von Geflüchteten an der polnisch-belarussischen Grenze (in diesem Zusammenhang unterzeichnete der BumF auch mit 27 anderen Kinder- und Menschenrechtsorganisationen den Appell „Stoppt die Kinderrechtsverletzungen an den EU-Außengrenzen – Evakuierung jetzt!“).

6. VERANSTALTUNGEN

Die Tagungen des Bundesfachverbands umF sind zentrale Orte des Austauschs und der Debatte über die Arbeit mit jungen Geflüchteten. Im Jahr 2021 wurden die meisten Formate aufgrund der Corona Pandemie weiterhin digital durchgeführt.

Für die Frühjahrstagung fand ein auf mehrere Tage verteiltes Format mit dem Thema „Das Recht zu bleiben...“ statt.

Ein Fachtag im Rahmen des Projektes „Jugendhilfe macht's möglich“ wurde zu einem Online Format umgewandelt: <https://b-umf.de/p/jmmfachtag/>.

Die Herbsttagung konnten wir erstmalig in einem hybriden Format anbieten, sie fand zweitägig live in Frankfurt/Main statt und an einem Tag gab es zusätzlich die Möglichkeit einer digitalen Teilnahme.

Im Berichtszeitraum wurden durch den BumF folgende Veranstaltungen angeboten:

13/12/2021	Vertiefungsseminar: Kind- und Jugendspezifische Fluchtgründe	Online
22/11/2021	Vertiefungsseminar: Aufenthaltssicherung außerhalb des Asylverfahrens	Online
08/11/2021 09/11/2021	Herbsttagung: „Gut vernetzt?“ Wo steht die Arbeit mit jungen Geflüchteten?	FfM + online
23/08/2021	Miniila App: Unterstützung von Kindern und Jugendlichen auf der Flucht	Online
01/06/2021	Identitätsklärung: Guinea, Gambia, Nigeria	Online
20/05/2021	Fachtag: „Begleitet und Alleingelassen?“ Zugang zu Jugendhilfe für begleitete minderjährige Jugendliche und ihre Familien	Online
27/05/2021	Vertiefungsseminar: „Schutz mit Verfallsdatum! Widerrufsverfahren, Rücknahme und Erlöschen des Schutzstatuts bei umF“	Online
30/04/2021	3. Themenveranstaltung (Frühjahrstagung): Das Recht zu bleiben außerhalb des Asylverfahrens. Bleiberechtsregelung und Aufenthaltsverfestigung	Online

29/04/2021	2. Themenveranstaltung (Frühjahrstagung): Das Recht zu bleiben für wen? Identitätsklärung als Grundlage des Aufenthaltes mit Schwerpunkt Guinea	Online
24/04/2021	Bundesweites Netzwerktreffen „Bleiberecht statt Abschiebung“	Online
21/04/2021	1. Themenveranstaltung (Frühjahrstagung): Das Recht zu bleiben ist in Gefahr! Was tun bei drohender und nach erfolgter Abschiebung von minderjährigen unbegleiteten Flüchtlingen?	Online
04-07 2021	Lehrauftrag an der Alice Salomon HS Berlin „Grenzen und Möglichkeiten der sozialen Arbeit im restriktiven Asylsystem“	Online
25/03/2021	Identitätsklärung: Afghanistan – Iran - Pakistan	Online
19/02/2021	Identitätsklärung als Grundlage des Aufenthaltes mit Schwerpunkt Afghanistan	Online
27/01/2021	Passbeschaffung und Mitwirkungspflichten im Rahmen der Identitätsklärung	Online

Veranstaltungen Dritter mit Beteiligung des BumF

Daneben referierte der BumF im Jahr 2021 auch weiterhin im Rahmen der Aufbauschulungen für Sonderbeauftragten uM des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge. Der BumF schult dabei die angehenden Sonderbeauftragten zu Themen im Bereich Jugendhilfe und Vormundschaft, insbesondere die Rolle der Akteur*innen der Jugendhilfe im asyl- und aufenthaltsrechtlichen Verfahren. Es fanden 2 Präsenzveranstaltungen in 2021 statt.

Es fand auch wieder ein Lehrauftrag an der Alice Salomon Hochschule statt (04–07/2021 und 10/2021-03/2022): „Grenzen und Möglichkeiten Sozialer Arbeit im restriktiven Asylsystem“. Er richtet sich an angehende Fachkräfte, die durch die Vermittlung von rechtlichen Grundlagen, Einblicken in die Praxis von Beratungsstellen, Verbänden, Jugendhilfeeinrichtungen und Soziale Arbeit in Gemeinschaftsunterkünften auf Praktika und Praxisforschungsprojekte inhaltlich vorbereitet und in diesen begleitet werden. Viele der insgesamt 50 Studierenden bringen eigene Fluchterfahrung mit (- [Werkstatt: Werkstatt \(U2 zu Arbeitsfelder, Zielgruppen und Organisationen](#)



[Sozialer Arbeit\) "Alice-Salomon" - Hochschule für Sozialarbeit und Sozialpädagogik Berlin \(ASH Berlin\), University of Applied Sciences \(ash-berlin.eu\), zuletzt abgerufen am 09.06.2022\).](#)

Folgende Veranstaltungen wurden im Jahr 2021 durchgeführt:

10/12/2021	AK UMA Berlin	Best Practice und Erfahrungsaustausch	Online
08/12/2021	Dezentrale Beschwerdestelle für Geflüchtete NRW & Uni Bochum	Eröffnungsvortrag „Die Aktuelle Situation unbegleiteter junger Geflüchteter in Deutschland - Möglichkeiten und Herausforderungen für eine parteiliche Fachlichkeit“	Online
26/11/2021	AK UMA Bayerische Jugendämter	Best Practice und Erfahrungsaustausch	Online
29/09/2021	Polizeihochschule NRW	Veranstaltung Tag der Menschenrechte	Online
29/09/2021	Fachtag Interkreuzhain Berlin	„geflohen, minderjährig, unbegleitet“	Präsenz
23/09/2021	PSZ Rhein Mosel Ahr	„Brücken schlagen - Arbeit mit geflüchteten Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen in psychosozialen Kontexten“	Präsenz
02/09/2021	DeZIM	„Was wird aus unbegleiteten minderjährigen Geflüchteten?“	Online
07/2021	Refugee Law Clinic	Podcast in der Reihe „Asyl im Dialog“	Online

7. BERATUNG UND RECHTSHILFE

7.1. Einzelfallberatung

Mit unserem Beratungsangebot finden wir Lösungen im Einzelfall und helfen dabei, dass Kinder und Jugendliche Schutz erhalten, ihren Bildungsweg fortsetzen können, kindgerecht untergebracht und begleitet werden und sich Zukunftsperspektiven aufbauen können.

Im Jahr 2021 erreichten den BumF insgesamt 182 Beratungsanfragen, davon 81 in der telefonischen Beratung, 101 Anfragen wurden via E-Mail beantwortet. Circa ein Drittel der Anfragen erreichten uns von Mitarbeitenden aus Jugendhilfeeinrichtungen (30,8%). Weiterhin stark vertreten waren Therapeut*innen (19%) sowie Pflegeeltern (18%). Die Anfragen erreichten uns aus dem gesamten Bundesgebiet. Insgesamt haben uns damit weniger Anfragen als in 2020 (233) erreicht.

Die meisten Anfragen bezogen sich auf unbegleitete minderjährige Flüchtlinge (53%) und junge Volljährige (38%). Nur ein geringer Teil bezog sich auf begleitete Minderjährige (8%). Damit hat sich das Verhältnis der Anfragen deutlich angenähert, was die Zahlen der UMF widerspiegelt.

Die fünf Hauptherkunftsländer waren Afghanistan, Syrien (zusammen 50%), Eritrea und Nigeria. Inhaltlich betrafen die meisten Anfragen vor allem die Themen Asylverfahren (21%), Passangelegenheiten (17%), Familiennachzüge aus dem Ausland (15%) und Alterseinschätzung (15%).

7.2. Rechtshilfefonds

Über den Rechtshilfefonds können die Mitglieder des BumF Zuschüsse zu Rechtsanwaltskosten für geflüchtete Kinder, Jugendliche und junge Volljährige beantragen. Anträge von Nicht-Mitgliedern können in besonderen Ausnahmefällen nach vorheriger Anfrage bezuschusst werden. Da das Budget begrenzt ist, werden vorrangig solche Verfahren unterstützt, die über den Einzelfall hinaus von grundsätzlicher rechtlicher oder öffentlicher Bedeutung sind.



Die Höhe des Zuschusses richtet sich im Regelfall nach folgenden Pauschalen:

Klage / Revisionszulassungsantrag:	250 Euro
Klage mit Teilnahme an der mündlichen Verhandlung:	500 Euro
Revision:	500 Euro
Verfassungsbeschwerde:	700 Euro

Im Jahr 2021 wurden 17 Anträge an den BumF-Rechtshilfefonds gestellt (2020: 36 Anträge), 15 Anträge konnten bewilligt werden. Inhaltlichen Schwerpunkt bildeten Klagen gegen negativ beschiedene Asylanträge vor allem in Verbindung mit strittiger Alterseinschätzung.

Für 2021 liegen uns die Entscheidungen von insgesamt 13 Verfahren vor. Davon wurde in sechs Verfahren negativ entschieden, in sieben Verfahren wurde zu Gunsten des*der Jugendlichen entschieden. Inhaltlich wurde in diesen Entscheidungen die Erteilung von Schutzstatus durch Klagen gegen die Ablehnung im Asylverfahren erreicht. Damit konnte in mehr als 50% der entschiedenen Fälle ein positiver Ausgang bewirkt werden.

Tatsächlich liegt die Erfolgsquote höher, da wir die Verfahren, in denen Prozesskostenhilfe (PKH) durch die Gerichte gewährt wird, nicht einberechnen. Prozesskostenhilfe wird insbesondere bei hohen Erfolgsaussichten für ein Verfahren gewährt, sodass wir hier von weiteren Erfolgen ausgehen können. In diesen Fällen können die Mittel des Rechtshilfefonds ein Verfahren zunächst anschieben, die bewilligten Mittel werden durch die Anwalt*innen dann aber zurückgezahlt und können für weitere Kinder und Jugendliche verwendet werden.

Inhaltlich konnten mit den positiven Entscheidungen auch im vergangenen Jahr erfreuliche Erfolge erzielt werden. So konnte in mehreren Fällen ein Aufenthalt für Jugendliche erstritten werden.

8. GREMIEN UND LOBBYARBEIT

8.1. Stellungnahmen des Bundesfachverbands umF

Der BumF begleitete im Jahr 2021 verschiedene politische Entscheidungsprozesse durch Lobbyarbeit, Forderungen, politische Handlungsempfehlungen und Stellungnahmen.

In diesem Rahmen wurden 2021 veröffentlicht:

- Zwischenruf zur Situation an der polnisch-belarussischen Grenze (Oktober 2021)
- Forderungspapier von BumF und JoG anlässlich der Koalitionsverhandlungen: Es bedarf eines Kurswechsels! (November 2021)
- Gemeinsamer Appell: Stoppt die Kinderrechtsverletzungen an den EU-Außengrenzen – Evakuierung jetzt! (November 2021)

8.2. Gremienarbeit

Der BumF war im Jahr 2021 in folgenden Gremien und Netzwerken vertreten:

- AK Schutzräume sichern
- AG Beschäftigungsverbote (Berlin) und UG Veranstaltungsreihe
- Bundesweites Bleiberechtsnetzwerk
- Arbeitsgemeinschaft für Kinder- und Jugendhilfe (AGJ)
- Berliner Netzwerk UMF von der Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie
- Bundesarbeitsgemeinschaft PRO ASYL
- Bundesforum Vormundschaft und Pflegschaft
- Expertenforum des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge
- European Fundamental Rights Agency
- Forum Menschenrechte
- Jugendliche ohne Grenzen
- Netzwerk Migrationsrecht
- Rechtsberaterkonferenz
- National Coalition Deutschland

- Separated Children in Europe Program
- UmF-bezogenes Landesflüchtlingsräte-Treffen
- Verbändevertretung zu AnKER-Einrichtungen

8.3. Lobbyarbeit

Um die Themen des BumF stark machen zu können und Einfluss auf Gesetzgebung, Politik und Verwaltungspraxis im Sinne einer Stärkung der Rechte junger Geflüchteter nehmen zu können, betreibt der BumF Lobbyarbeit.

Die flüchtlingspolitische Arbeit der Bundesregierung im Jahr 2021 wurde durch den BumF kritisch begleitet. Insbesondere die Aktivitäten im Rahmen der Pandemie-bedingten Einschränkungen und ihre Konsequenzen für geflüchtete Kinder in Großunterkünften, die Bewertung des Gesetzes zur Verbesserung der Unterbringung, Versorgung und Betreuung ausländischer Kinder und Jugendlicher im Rahmen der Evaluierung durch die Bundesregierung sowie das Inkrafttreten der SGB VIII-Reform und die erwartbaren Auswirkungen auf junge Geflüchtete. Darüber hinaus war die Lobby- und Öffentlichkeitsarbeit stark mit der Situation in Afghanistan und Belarus befasst. Es wurden etwa Abschiebungsambitionen nach Afghanistan während des Lockdowns zu Beginn des Jahres 2021 in einer gemeinsamen Presseerklärung mit 96 Organisationen und Initiativen auf das Schärfste verurteilt und ein sofortiger Abschiebestopp wurde gefordert.

Darüber hinaus verfasste der BumF im Herbst 2021 gemeinsam mit Jugendliche ohne Grenzen (JoG) anlässlich der Koalitionsverhandlungen ein Forderungspapier, welches an Koalitionäre der SPD, Bündnis90/Grüne, FDP adressiert wurde und entsprechend Verbreitung fand. Hier wie bei anderen Lobbyaktivitäten konnte der BumF auf Erkenntnisse der jährlichen Onlineumfrage unter Fachkräften zurückgreifen, welche aktuell Aufschluss auf die drängendsten Bedarfe der jungen Menschen sowie ihrer professionellen wie ehrenamtlichen Unterstützungsstruktur geben.

Die Referent*innen des BumF haben im Jahr 2021 an zahlreichen Gesprächen mit Politik und Verwaltung teilgenommen, um diese für die Positionen des Verbandes zu gewinnen. Hierzu zählten insbesondere die vierteljährlichen Gespräche des BumF mit dem Bundesamt für Migration und



Flüchtlinge zu aktuellen Herausforderungen rund um Anhörung und Asylverfahren. Hier wurden sowohl der zunehmende Druck, Identitätspapiere bereits in laufenden Verfahren zu beschaffen, kritisiert als auch die Praxis des Bundesamtes mit besonderem Fokus auf afghanische Jugendliche thematisiert, die durch lange Verfahren, nicht zuletzt durch Rückpriorisierungen als auch anhaltend restriktive Entscheidungspraxis gekennzeichnet waren. In Gesprächen mit dem Bundesfamilienministerium und dem Deutschen Zentrum für Integrations- und Migrationsforschung thematisierten wir Missstände im Kontext der Verteilpraxis unbegleiteter Minderjähriger. Es fanden darüber hinaus Treffen und Austausch mit der AG Migration der SPD-Fraktion, sowie Gespräche mit einzelnen Abgeordneten und deren Mitarbeitenden statt.

Nicht zuletzt entstand in Zusammenarbeit mit verschiedenen Organisationen die Website „Bleiberecht statt Abschiebung“ ([Bleiberecht und unbegleitete minderjährige Flüchtlinge - BumF \(bleiberecht.de\)](https://bleiberecht.de)). Die Bleiberechtsregelungen, die Ausbildungsduldung, Härtefallkommissionen und Petitionen bieten Perspektiven. Auf der Seite finden sich mehrsprachige Informationen für Jugendliche und Fachkräfte zu diesen rechtlichen Möglichkeiten. Doch die Regelungen sind nicht ausreichend. Zusammen mit "Jugendliche ohne Grenzen", den Landesflüchtlingsräten und weiteren Organisationen setzt sich der BumF für eine Verbesserung der Gesetzeslage ein, damit junge Menschen ohne Angst in Deutschland leben können.